



SEITE 3

**Böses Europa, gute Faschisten** – und eine **Abstimmungs-Panne**: Mit Mühe und 26 Jastimmen rettet der Landtag die Autonomiereform über die Ziellinie.

# Die Schwergeburt





# Die Schwergeburt

Böses Europa, gute Faschisten – und eine **Abstimmungs-Panne**: Mit Mühe und **26 Jastimmen rettet** der Landtag die **Autonomiereform** über die Ziellinie.

von Matthias Kofler

Das Ergebnis war eindeutig: 26 Abgeordnete stimmten für die Autonomiereform, sechs dagegen – Renate Holzseisen, Andreas Leiter Reber und die vierköpfige STF-Fraktion. Drei Mandatare – Jürgen Wirth Anderlan, Andreas Colli und Marco Galateo – fehlten. Doch so klar das Resultat, so mühsam der Weg dorthin. Zwei Tage lang wurde im Landtag gerungen – begleitet von schrillen Tönen, fundamentalen Differenzen und einer peinlichen Panne in letzter Minute. Immer wieder schwenkte Chefverhandler Arno Kompatscher demonstrativ das Autonomiehandbuch, als wollte er sich seiner Linie vergewissern. Den Auftakt machte Forza-Italia-Abgeordneter Christian Bianchi. Er wettete gegen die „dauerhafte Dämonisierung“ der italienischen Sprachgruppe und verteidigte ein inklusives Südtirol: „Diese Autonomie gehört nicht nur der extremen deutschen Rechten.“ Statt ethnischer Kleinkriege brauche es ein Miteinander – zwischen „Altoatesini“ und „Südtirolern“. Bianchis Botschaft: Die Rechten seien nicht jene Ungeheuer, als die sie von Knoll & Co. dargestellt würden. Ganz anders Renate Holzseisen (Vita): Für sie ist die Reform ein Kniefall vor internationalen Machtinteressen – die EU der „Hauptfeind“ der Autonomie, die WHO ein Erfüllungsgehilfe der Pharmalobby. Ihre abgelehnte Schutzklausel gegen den EU-Einfluss diene ihr als Begründung für das Nein. Thomas Widmann (Für Südtirol) blieb rhetorisch auf Distanz, stimmte aber mit Ja. Die Reform

sei kein großer Wurf, sondern „ein kleiner Schritt“ – ohne echtes Einvernehmen, mit weichen Formulierungen und alten Problemen wie dem nationalen Interesse. Immerhin lobte der Ex-Landesrat SVP-Politiker wie Meinrad Durnwalder und Dieter Steger, seinen Erzfeind Kompatscher hingegen erwähnte er mit keinem Wort. Für Andreas Leiter Reber (Freie Fraktion) stellt die Reform einen „ungeschickten Präzedenzfall“ dar. Sie vermische Selbstverwaltung und Minderheitenschutz, lasse zentrale Bereiche wie Sanität und



Arno Kompatscher



Sven Knoll



Christian Bianchi

Sprachenrecht außen vor – und: Das Trentino habe im Gegenzug gar nichts beigesteuert. Landeshauptmann Arno Kompatscher versuchte in der Außendarstellung seines politischen Lebenswerks zu retten, was zu retten war. Er sprach von „präzisierenden Anpassungen“ im Rahmen des bestehenden Statuts – nicht von einem Dritten Statut. Die Reform ermögliche mehr Eigenständigkeit, ohne rechtliche Sicherheiten zu gefährden. Das Einvernehmen habe man nicht in seiner harten Form erreicht, aber es gebe nun eine Niveausicherungsklausel. Mit der „Niveausicherungsklausel“ sei im-

merhin garantiert, dass der Staat bestehende Kompetenzen nicht ohne Einvernehmen streichen könne. Die Reform schaffe neue Freiräume für die Landesgesetzgebung und ermögliche unbürokratischere Verfahren. „Was die Menschen von der Autonomie haben, sieht man, wenn man durchs Land fährt.“ Terminologische Korrekturen seien in dieser Phase nicht mehr möglich, betonte Kompatscher – man könne aber im Parlament noch Änderungen einbringen. Das Ergebnis des Autonomiekonvents sei nicht Teil der Ver-

ist.“ Mit der Reform werde übrigens nicht „Alto Adige“ eingeführt, sondern erstmals „Südtirol“ amtlich, ergänzte Kompatscher. SVP-Fraktionschef Harald Stauder erinnerte Knoll an dessen frühere Ablehnung der Autonomie. „Er will nicht anerkennen, dass er damals auf dem falschen Weg war.“ Wenn sich ein Fenster öffne, müsse man es nutzen. Bei der Endabstimmung schließlich ein Malheur: Präsident Arnold Schuler vergaß den Hinweis, dass es sich um die finale Abstimmung handle. Die Südtiroler Freiheit enthielt sich – und forderte eine

„Diese Autonomie gehört nicht nur der extremen deutschen Rechten.“

Christian Bianchi

Wiederholung, die gewährt wurde. Erst im zweiten Anlauf stimmte Knoll mit Nein. Einstimmig angenommen wurde ein Zusatzantrag von Stauder, der den Gesetzestext juristisch abrundet – etwa beim Minderheitenschutz oder dem Verweis auf das nationale Interesse. In der kommenden Woche wird der Regionalrat die Reform voraussichtlich durchwinken. Danach muss der Ministerrat in Rom ein weiteres Mal zustimmen, ehe das Parlament über den Text berät – ein Verfahren, das sich über ein Jahr ziehen könnte. Erst dann kann das neue Autonomiestatut in Kraft treten. Und bis dahin dürfte der politische Streit darüber nicht verstummen.